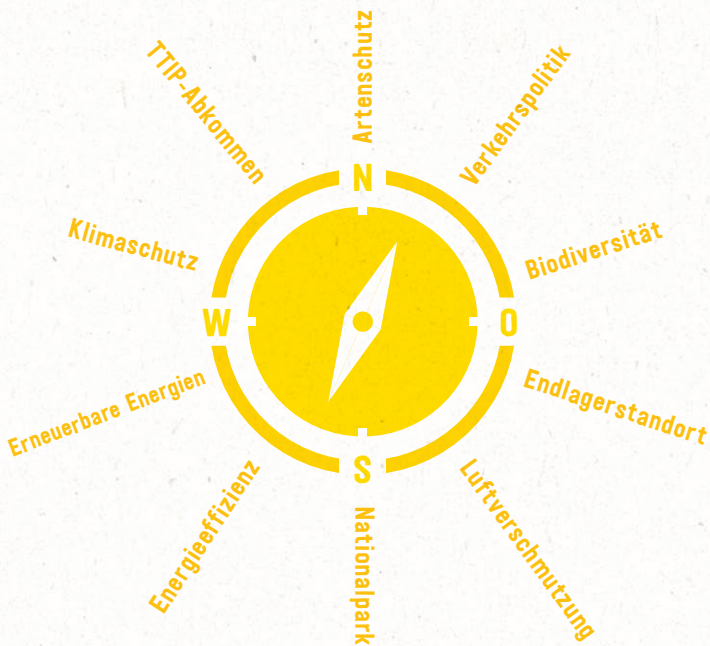
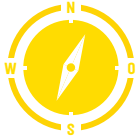


Wahlkompass Landtagswahl 2016 Baden-Württemberg





Wahlkompass

Landtagswahl 2016

Baden-Württemberg

Liebe Baden-Würtembergerinnen
und Baden-Würtemberger,

am 13. März haben Sie die Möglichkeit über die Zukunft unseres Bundeslandes zu entscheiden. Der kommende Landtag wird in vielen umweltpolitischen Bereichen die Weichen stellen müssen. Welche Partei hat welche Pläne zu Themen wie Waldschutz, Energieeffizienz, Verkehr oder TTIP? Doch ihre tatsächliche Haltung, ihre handfesten Pläne sind aus den allgemeinen, wohlklingenden Worten nur schwer herauszulesen.

Um Klarheit zu schaffen, haben wir den Spitzenkandidaten der im Landtag sitzenden Parteien ganz konkrete Fragen gestellt. Sie werden sehen: einige Antworten sind sehr klar, andere sehr ausweichend. Beides ist aufschlussreich.

Der Schutz von Klima und Umwelt ist aber kein Luxus, sondern die Grundlage unseres Lebens und Wirtschaftens überhaupt. Machen Sie sich mit dem „Wahlkompass“ selbst ein Bild, wie zukunftsfähig die Parteien in der Klima- und Umweltpolitik sind.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen
Greenpeace Stuttgart



Zur Methodik: Alle Spitzenkandidaten, der im Landtag vertretenen Parteien wurden gebeten, zu den Fragen Stellung zu beziehen. Die Reihenfolge der Kandidaten entspricht der Sitzverteilung der Parteien im Landtag vom Jahr 2011. Allen Parteien standen 800 Zeichen für jede Antwort zur Verfügung. Aus Gründen der Gerechtigkeit mussten wir einige Antworten kürzen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und gehen Sie bitte am 13. März wählen!

Wald

Im Jahr 2014 wurde der erste Nationalpark in Baden-Württemberg gegründet. Wie wollen Sie die Zukunft des Nationalparks gestalten?



Guido Wolf
CDU

Den Nationalpark Schwarzwald wollen wir in Abstimmung mit den Menschen in der Region fortentwickeln. Grün-Rot hat enorme Defizite bei der Einrichtung des Nationalparks gezeigt, dies vor allem bei der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern. Im Fall einer Regierungsverantwortung wollen wir mit den Menschen in der Region, dem Naturschutz und mit weiteren Beteiligten aus Wirtschaft und Kommunen reden, um auf dieser Grundlage die Versäumnisse von Grün-Rot nachzuarbeiten und die nach wie vor vorhandenen Schwachstellen aus der Welt zu schaffen.



Winfried Kretschmann
DIE GRÜNEN

Mit dem Nationalpark Schwarzwald haben wir in Baden-Württemberg ein Großschutzgebiet geschaffen, in dem Natur einfach Natur sein kann. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die Einzigartigkeit dieser Region erhalten und wachsen lassen. Bei der Umsetzung dieses Jahrhundertprojekts haben wir Gemeinden, Verbände und die Akteure vor Ort in einem transparenten, intensiven Prozess beteiligt, der bundesweit Nachahmerinnen und Nachahmer sucht. Durch eine gute personelle Ausstattung in den Bereichen Naturschutz, Waldwirtschaft, Umweltpädagogik, Besucherbetreuung und Forschung sowie den Bau des Nationalparkzentrums am Ruhestein werden wir auch die touristische Attraktivität des Schwarzwalds erhöhen und für regionale Wertschöpfung sorgen. Die bereits kurz nach der Einrichtung deutlich gestiegenen Besucherzahlen des Nationalparks zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.



Nils Schmid
SPD

Die Errichtung des Nationalparks Schwarzwald war seit vielen Jahren unser politisches Ziel und wir sind froh und stolz, dass es ihn gibt. Mit dem Nationalpark Schwarzwald haben wir den ersten Nationalpark in Baden-Württemberg überhaupt geschaffen. Wir werden die nötigen personellen und finanziellen Mittel bereitstellen, um dadurch die Attraktivität des Schwarzwalds zu erhöhen und für regionale Wertschöpfung zu sorgen. Wir unterstützen auch weiterhin die Entwicklung des Nationalparks Schwarzwald. Wir wollen den Nationalpark Schwarzwald dabei im Einklang mit den interessierten Kommunen und Waldbesitzern in den kommenden Jahren arrondieren (Verbinden der beiden Teile) und maßvoll erweitern.



Hans-Ulrich Rülke
FDP

Der Nationalpark ist von Grün-Rot gegen den Mehrheitswillen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort durchgesetzt worden. Im Sinne der langfristigen Akzeptanz wollen wir deshalb die Gebietsabgrenzung im Dialog mit der Region überprüfen und gegebenenfalls den örtlichen Vorstellungen entsprechend neu ausrichten. Zudem wollen wir die im Vergleich zu anderen deutschen Nationalparkverwaltungen üppige Personalausstattung des Nationalparks Schwarzwald reduzieren. Es kann nicht sein, dass dem Nationalpark gut 90 Landesbedienstete zugewiesen werden – darunter zum Teil hoch besoldete Beamte – und gleichzeitig das Biosphärengebiet Schwäbische Alb hinsichtlich der hauptamtlichen Gebietsbetreuung nicht einmal die internationalen Mindeststandards der UNESCO erfüllen kann.

Wald Die Nationale Biodiversitätsstrategie sieht vor, 10 % der Landeswaldfläche in Baden-Württemberg aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen. Wie stehen Sie zu diesem Ziel und wie wollen Sie dies gegebenenfalls umsetzen?



Guido Wolf
CDU

Sinnvoller und zielführender als starre prozentuale Vorgaben für den Erhalt der Biodiversität erscheint uns eine konsequente Weiterentwicklung und Umsetzung der Konzepte der naturgemäßen Waldwirtschaft, in die Alt- und Totholzprogramme integriert werden. Einen wichtigen Beitrag leisten dazu weiter die Kernzonen des Nationalparks und der Biosphärengebiete.



Winfried Kretschmann
DIE GRÜNEN

Wir treten nachdrücklich für das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, bis 2020 zehn Prozent der gesamten Landeswaldfläche aus der Nutzung zu nehmen und so als Rückzugsräume zu sichern, ein. Zur Erreichung dieses Ziels spielen Bannwälder, der Nationalpark Schwarzwald, die Biosphärengebiete Schwäbische Alb und das am 1. Februar neu gestartete Biosphärengebiet Schwarzwald sowie Waldrefugien eine zentrale Rolle.



Nils Schmid
SPD

Wir verfolgen mit unserer Politik dieses Ziel. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren bereits große Waldflächen aus der Nutzung genommen, den Nationalpark Schwarzwald eingerichtet und weitere Bannwälder ausgewiesen. Diesen Weg möchten wir weitergehen – auch zusammen mit Privatwald- und Kommunalwaldbesitzern. Daneben sorgen wir für eine naturnahe Waldbewirtschaftung im Staatsforst und wollen immer mehr Waldflächen in einen naturnahen Zustand versetzen.



Hans-Ulrich Rülke
FDP

Die FDP lehnt das Ziel, 10 % des Staatswaldes aus der Nutzung zu nehmen, mit Blick auf eine klimafreundliche Forstwirtschaft und Holznutzung, entschieden ab. Denn nur bewirtschaftete Wälder in Verbindung mit einer entsprechenden Holznutzung (Produktspeicher) führen langfristig zu positiven Kohlenstoffbilanzen (siehe dazu Kleine Anfrage des forstpolitischen Sprechers der FDP Landtagsfraktion Dr. Friedrich Bullinger „Kohlenstoffspeicherung im heimischen Wald“, Drucksache 15/7883). Den Belangen des Artenschutzes kann auch im Rahmen einer nachhaltigen Forstwirtschaft durch die Umsetzung des Alt- und Totholzkonzeptes Baden-Württemberg sowie von Maßnahmen des freiwilligen Vertragsnaturschutzes Rechnung getragen werden. Baden-Württemberg ist eine artenreiche Kulturlandschaft, kein Urwald.

Klima und Energie

Bei der Klimakonferenz in Paris wurde ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag verabschiedet. Wie wollen Sie diesen „Klimaschutzvertrag“ auf Landesebene umsetzen?



Guido Wolf
CDU

Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen. Es bedarf hier zwingend einer international abgestimmten Vorgehensweise. Die wesentlichen klimapolitischen und energiepolitischen Rahmenbedingungen werden immer stärker auf europäischer und nationaler Ebene festgelegt. Baden-Württemberg kann aber vor allem durch eigene Förderprogramme, durch Kooperationen mit Kommunen, Bürgern, Verbänden und der Wirtschaft, durch Beratungs- und Informationsangebote, durch Bildungsprojekte und durch eine gezielte Forschungsförderung seinen Beitrag leisten. Wir stehen deswegen zum Klimaschutzgesetz des Landes. Die vielfältigen am Landtag vorbei beschlossenen Maßnahmen zu seiner konkreten Umsetzung im Energie- und Klimaschutzkonzept bedürfen aber der Überprüfung und teilweise auch der Revision.



Winfried Kretschmann
DIE GRÜNEN

Mit dem Klimaschutzgesetz hat das Land dem Klimaschutz einen Gesetzesrang mit verbindlichen Zielen verliehen. Der CO₂-Ausstoß soll bis 2020 um mindestens 25% (bezogen auf 1990) und bis 2050 um 90% sinken. Dafür wurde unter anderem ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) mit 108 konkreten Maßnahmen in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft aufgestellt. Es ist unter Beteiligung aller Regierungsressorts in der Umsetzung. Ein Beirat, bestehend aus Vertretern aller gesellschaftlicher Gruppen, der Kirchen, der Wirtschaft und der Wissenschaft begleitet die Regierung in Ihrer Vorbildfunktion. Mit der öffentlichkeitswirksamen Energiewendekampagne „50-80-90“ wurde ein Informationsforum für Bürger und Wirtschaft zu allen Energiewende-, Energieeffizienz- und Förderthemen geschaffen.



Nils Schmid
SPD

Mit einem Klimaschutzgesetz und dem dazugehörigen Integrierten Energie und Klimaschutzkonzept (IEKK) wurden klare Ziele und konkrete Maßnahmen festgelegt. Die Haushaltsmittel dafür wurden durch SPD-Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid mehr als verdoppelt. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz wird den Klimaschutz im Gebäudesektor voranbringen. Die energetische Sanierung der landeseigenen Liegenschaften wurde beschleunigt, die Mittel dafür verdreifacht. Zudem wurden die gesetzlichen Weichen umgestellt und der Windenergieausbau endlich möglich gemacht. Über 250 Anlagen sind im Genehmigungsverfahren, über 120 bereits im Bau. Auch unsere Moorschutzkonzeption dient der Erreichung der Klimaschutzziele, da intakte Moore CO₂-Senker sind, aber stark emittieren, wenn sie landwirtschaftlich genutzt werden.



Hans-Ulrich Rülke
FDP

Die im Paris-Protokoll verankerten Selbstverpflichtungen der Staaten erfordern nationale Gesamtstrategien und Kontrollsysteme. Es hat sich schon bei der Energiewende und beim vom Freistaat Bayern torpedierten Netzausbau gezeigt, dass es zu teurem Chaos führt, wenn alle 16 Länder ihre eigene Suppe kochen. Im Sinne des im Paris-Protokoll verankerten Langfristziels der „Treibhausgasneutralität“ sollte Baden-Württemberg die Energieeffizienz rascher steigern. Dazu müssen die Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung gehoben werden, auch unter Einbeziehung industrieller Abwärme und dezentraler Mikro-KWK. Für eine rasche Sanierung des Gebäudebestandes braucht es endlich eine steuerliche Förderung. Dies wurde jedoch zuerst 2012 von Rot-Grün im Bundesrat gestoppt und 2015 innerhalb der Großen Koalition.

Klima und Energie

Derzeit wird bundesweit ein atomares Endlager gesucht. Durch die Nutzung der Atomenergie in Baden-Württemberg ist das Land Mit-Verursacher des Atommülls. Wie stehen Sie zu einem möglichen Endlager für hochradioaktiven Abfall in Baden-Württemberg?



Guido Wolf
CDU

Wir stehen zu unserer Verantwortung für den Ausstieg aus der Kernenergie und zur bundesweiten ergebnisoffenen Suche nach einem Endlager. Dabei gilt es aber die berechtigten Interessen unserer betroffenen Standorte und Unternehmen aktiv im Bund und gegenüber anderen Bundesländern wahrzunehmen. Alle bisherigen Untersuchungen lassen nur den Schluss zu, dass es in Baden-Württemberg keine geeigneten Gesteinsschichten für ein solches Endlager gibt. Vorausseilende Blankozusagen in Fragen der Zwischenlagerung wird es mit uns nicht geben.



Winfried
Kretschmann
DIE GRÜNEN

Die Initiative Baden-Württembergs für einen neuen Endlager-Suchprozess, mit noch festzulegenden wissenschaftlichen Kriterien, korrigiert den politisch motivierten Standort Gorleben. Der sicherste Standort für ein Endlager kann nur mit der neuen „weißen Landkarte“ gefunden werden. Weil der Standort Gorleben nicht zu Beginn des Prozesses aus politischen Gründen ausgeschlossen wird, wurde dieser grüne Erfolg eines neuen Suchlaufes möglich, dem sich kein Bundesland mehr verschließt – auch nicht Baden-Württemberg. Egoismen der Länder darf es für einen Neustart nicht geben. Kritiker an einem kompletten Neustart des Suchlaufes, also ohne einen Ausschluss von Gorleben, mögen sich die vorhersehbare Gegenwehr zu einem späteren Endlager-Standort vorstellen, sollte über Gorleben wieder nur politisch anstatt wissenschaftlich entschieden werden.



Nils Schmid
SPD

Wir wollen, dass nach neutralen und wissenschaftlichen Kriterien der bestgeeignete Standort für ein mögliches Endlager gefunden wird. Das St-Florians-Prinzip ist dabei für uns keine Richtschnur.



Hans-Ulrich
Rülke
FDP

Die Frage nach dem Endlagerstandort kann und darf nicht politisch geklärt werden, sondern muss nach Kriterien der Geologie und Sicherheitstechnik beantwortet werden. Die geologischen Gegebenheiten sprechen jedoch allen Erkenntnissen nach gegen ein Endlager in Baden-Württemberg. Der gesamte Rheingraben wie auch die Schwäbische Alb gelten als Erdbebengebiet. Auch Vulkanismus kann dort laut Fachleuten nicht ausgeschlossen werden. Dazu befinden sich im gesamten Bereich des Oberrheins zu hohe Wasseraufkommen. Das Landesamt für Geologie erklärte darüber hinaus schon im Jahr 2009, dass die Salzschichten in der Region Heilbronn/Neckarsulm und die Tonschichten rund um Riedlingen, Ulm und im Hegau wasserführend sind und auch nicht die ausreichende Gesteinsstärke für ein Endlager aufweisen.

Klima und Energie

Derzeit befindet sich die Energieversorgung deutschlandweit im Umbruch. Erneuerbare Energien ersetzen die Nutzung „dreckiger“ fossiler Rohstoffe. Wie stellen Sie sich die Energieversorgung des Landes Baden-Württemberg in der Zukunft vor?



Guido Wolf
CDU

Die Energiewende bleibt eine der zentralen und bedeutenden politischen Herausforderungen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Die Steigerung der Energieeffizienz, die Schaffung eines neuen Marktdesigns für den Strommarkt, der effiziente Ausbau der Netze und Speicher verlangen große Anstrengungen auf allen Ebenen. Wir wollen dabei neben den Klimaschutzziele auch die Strompreisentwicklung und die Versorgungssicherheit nicht außer Acht lassen. Strom muss bezahlbar bleiben. Ein ausbalanciertes Miteinander konventioneller und erneuerbare Energieträger ist für uns der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung in Baden-Württemberg. Wir werden dabei die Interessen der Endverbraucher genauso im Auge haben, wie die berechtigten Anliegen unserer Wirtschaft [...]



Winfried Kretschmann
DIE GRÜNEN

Weil Kohlekraftwerke die schlimmsten CO₂-Schleudern sind, muss der Bund den politischen Rahmen für einen Kohleausstieg schaffen und darf den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht weiter begrenzen. Der Erneuerbaren-Anteil am Strommix soll landesweit von aktuell etwa 25% (2011: 19,2%) bis zum Jahr 2020 auf 38% erhöht werden (Windenergie: 10%, Photovoltaik: 12%, Wasser, Biomasse u.a.: 17%). Damit möglichst wenige Stromtrassen aus dem windreichen Norden in den stromintensiven Süden notwendig werden, ist der Ausbau der Verteilnetze zur Aufnahme des dezentral erzeugten, erneuerbaren Stroms eine wichtige Voraussetzung für die Erneuerbare Energiewirtschaft. Schon bald muss dazu auch mit mehr Netzintelligenz (Smart Grid) für den Ausgleich zwischen fluktuierender Erzeugung und Verbrauch gesorgt werden.



Nils Schmid
SPD

Das IEKK, das verstärkte Förderprogramm der L-Bank für energetische Sanierungen und deutlich mehr Mittel für die Sanierung landeseigener Liegenschaften waren die Kernpunkte unserer erfolgreichen Energiepolitik. Wir wollen v.a. die Windkraftnutzung und Photovoltaik massiv weiter ausbauen. Beim Ausbau der Windkraft ist in 2015 endlich ein starker Anstieg im Land zu verzeichnen. Grün-Rot stellt eigene Flächen, v.a. im Wald, zur Verfügung. Den Ausbau der Photovoltaik befördert das Land durch eigene Investitionen und Bereitstellung von Flächen. Zudem setzen wir uns auf Bundesebene für einen besser geförderten Ausbau von Freiflächenanlagen ein. Die Weiterentwicklung der Speicherung wie auch der Ausbau der Höchstspannungsleitungen sind im besonderen Interesse unseres Landes. Zu beidem stehen wir.



Hans-Ulrich Rülke
FDP

Die Energieversorgung muss auch künftig für jedermann sicher und bezahlbar bleiben. Dem eigenen Einfluss Baden-Württembergs auf das Weltklima sind zunächst enge Grenzen gesetzt. Einen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz wird die hiesige Energiewende daher nur leisten, wenn sie durch bezahlbare Preise, steigende Energieeffizienz und einen weiter wachsenden Anteil erneuerbarer Energien andere Länder zur Nachahmung einlädt. In diesem Sinne sollte Baden-Württemberg seine Stärken in die deutsche Energiewende einbringen. Diese liegen im windarmen Südwesten nicht im subventionierten Ausbau sogenannter Schwachwindanlagen, sondern im konsequenten Ausbau von Übertragungs- und Verteilnetzen sowie in technischen Innovationen zur effizienteren Nutzung und Speicherung von Wärme, Kraftstoffen und Strom.

Landwirtschaft Regionale und ökologische Landwirtschaft fördert den Artenreichtum, erzeugt Arbeitsplätze und kommt ohne den Einsatz von Pestiziden aus. Wie wird sich Ihre Partei für die Förderung der regionalen ökologischen Landwirtschaft einsetzen?



Guido Wolf
CDU

Das Ziel unserer Politik ist eine Landwirtschaft, die wirtschaftlich arbeitet, die aber gleichzeitig umweltfreundlich ist, dabei Tier- und Naturschutz beachtet und weiter entwickelt. Das sehen wir als Grundsatz und Aufgabe für die konventionelle wie für die ökologische Wirtschaftsweise gleichermaßen. Der ökologische Landbau leistet bereits heute einen wichtigen Beitrag und sein Potential sollte im Rahmen der wirtschaftlichen Gegebenheiten weiter ausgebaut werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer übergreifenden Strategie, die aktuell auf Bundesebene durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erarbeitet wird und die Ende 2016 vorliegen soll. Bei der Förderung und weiteren Stärkung des ökologischen Landbaus schreibt die CDU den lokalen Vermarktungsstrukturen von heimisch produzierten Lebensmitteln eine wichtige Bedeutung zu. [...]



Winfried
Kretschmann
DIE GRÜNEN

Wir stehen für eine konsequente Förderung des Ökolandbaus. Mit unserem „Aktionsplan Bio aus Baden-Württemberg“ haben wir Maßnahmen zur Förderung des Ökolandbaus auf den Weg gebracht. Die Fördersätze für ökologisch wirtschaftende Betriebe sowie die Förderung für die Verarbeitung und Vermarktung von Öko-Erzeugnissen haben wir deutlich angehoben. Eine höhere Prämie für Umstellungsbetriebe für die ersten beiden Jahre soll um den Umstieg auf eine biologische Landwirtschaft erleichtern. Mit dem „Bio-Zeichen Baden-Württemberg“ können die Verbraucher*innen regionale Bioproducte eindeutig identifizieren. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir zudem einen Schwerpunkt auf die praxisangewandte Forschung im Ökolandbau und die Vernetzung zwischen Praxis und Forschung legen.



Nils Schmid
SPD

Unsere Agrarpolitik will eine flächendeckende Landbewirtschaftung im Land erhalten. Sie muss jedoch weiter ökologisiert werden, um unser Grundwasser zu schützen (neue Düngeverordnung mit Hoftorbilanz) und die Artenvielfalt zu erhalten (Programm FAKT, Vertragsnaturschutz, Landschaftspflegerichtlinie, Grünlandförderung, PLENUM-Gebiete, Landschaftserhaltungsverbände). Deshalb hat unser Finanz- und Wirtschaftsminister (SPD) die Fördermittel kräftig erhöht. Wir haben mit der Umstellung auf das Programm FAKT und z. B. der Grünlandförderung nach Jahren der Stagnation den biologischen Landbau im Land kräftig vorangebracht. Durch eine stärkere Regionalisierung der Märkte erschließen wir neue Chancen für die heimische Landwirtschaft und erreichen eine weitere Erhöhung des Anteils des biologischen Landbaus.



Hans-Ulrich
Rühle
FDP

Einspruch! Auch der Ökolandbau kommt nicht ohne Pestizide aus, sondern verwendet lediglich andere, zum Beispiel im Obstbau mehrere Kilo Kupfer pro Jahr und Hektar. Auch dieses Schwermetall belastet Böden und kann dem Menschen schaden. Wir Freien Demokraten maßen uns nicht an, der einen oder anderen Anbauweise Vorhaltungen zu machen. Die Entscheidung zwischen Produkten aus konventioneller Landwirtschaft und aus dem Ökolandbau sollen die Verbraucher selbstbestimmt entscheiden. Wichtig ist uns aber ein starker Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung und regionaler Vermarktung. Dazu wollen wir die nötigen Agrarinvestitionen fördern, das Landesagrarmarketing modernisieren, Initiativen zur Eintragung geschützter Herkunftsbezeichnungen unterstützen und unsere Landwirte von Bürokratie befreien.

TTIP In naher Zukunft wird das Freihandelsabkommen „TTIP“ zwischen Europa und den USA vermutlich ausgehandelt sein und danach zur Abstimmung gestellt werden. Wie würden Sie sich in einer möglichen Abstimmung im Bundesrat positionieren?



Guido Wolf
CDU

Die CDU Baden-Württemberg sieht in TTIP viele Chancen, allerdings haben wir auch unsere Forderungen deutlich gemacht. Baden-Württemberg ist als Exportland Nr. 1 auf einen freien und fairen Welthandel angewiesen. Wir wollen ein Freihandelsabkommen, das weder die hohen Standards im Umweltschutz, im Sozialbereich und bei der Lebensmittelsicherheit gefährdet, noch die Entscheidung über die öffentliche Finanzierung der Daseinsvorsorge und der Kultur antastet. Gefragt ist, die strengen Regeln zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel aufrecht zu erhalten. Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission nun einen gangbaren Vorschlag für ein öffentliches und transparentes Investitionsgerichtssystem bei TTIP gemacht hat. Ziel muss es sein, eine internationale, öffentlich kontrollierte Schiedsgerichtsbarkeit zu etablieren. [...]



Winfried Kretschmann
DIE GRÜNEN

Wenn der Vertragstext vorliegt, wird ihn die Landesregierung anhand der im März 2015 definierten Maßstäbe bewerten und ein Votum abgeben. Sie wird sich weiterhin konstruktiv-kritisch in den Prozess einbringen. Es ist wichtig, dass Gesellschaft, Parteien und Regierungen Druck auf die Unterhändler ausüben und für mehr Transparenz sorgen. Deswegen haben wir im Land einen öffentlich tagenden TTIP-Beirat mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik eingerichtet. Wir brauchen faire Regeln für internationalen Handel. Die öffentliche Daseinsvorsorge sowie EU-weit errungene Standards in Umweltschutz, Gesundheit und Sozialem, Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Datenschutz müssen gesichert werden. Investor-Staats-Klagen vor privaten Schiedsgerichten sind für uns nicht tragbar.



Nils Schmid
SPD

TTIP darf kein Selbstzweck sein. Wir stellen uns entschieden gegen jede Schwächung unserer Demokratie durch privatisierte Paralleljustiz und lehnen Investitionsschutzvorschriften und Streitbeilegungsmechanismen ab. Wir befürworten die Einrichtung eines mit unabhängigen und staatlich finanzierten Berufsrichtern besetzten internationalen Handelsgerichts. Dieses muss über eine Berufungsinstanz verfügen und dem Prinzip der Öffentlichkeit unterliegen. TTIP darf nicht zu einer Absenkung unserer hohen Standards beim Umwelt-, Verbraucher-, Arbeits- und Datenschutz führen. Weiter muss der Kultur- und Mediensektor bei den Verhandlungen grundsätzlich außen vor bleiben. Mit Blick auf die Daseinsvorsorge in unseren Kommunen werden wir auch keine Zwänge zur Privatisierung akzeptieren.



Hans-Ulrich Rülke
FDP

Die derzeit laufenden Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP verfolgen wir mit großem Interesse. Aus unserer Sicht stellt dieses Abkommen eine sehr wichtige Möglichkeit für das erfolgreiche Exportland Baden-Württemberg dar. Die Zwischenergebnisse der Verhandlungen können verfolgt werden. Ein abschließender Vertragsentwurf, der dann durch den Bundestag, den Bundesrat und alle nationalstaatlichen Parlamente sowie das Europaparlament beschlossen werden muss, liegt noch nicht vor. Vermutungen und Spekulationen stellen für uns keine Entscheidungsgrundlage dar. Wir werden den fertigen Entwurf des Abkommens dann nach den Gesichtspunkten der Rechtssicherheit, der Transparenz und der wirtschaftlichen Chancen bewerten, die dieses Abkommen für Baden-Württemberg bringen kann.

Verkehr

Der Verkehrssektor wird aufgrund der Klimaveränderung und gesundheitlicher Probleme durch die Luftverschmutzung umgestellt werden müssen. Welche Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode in der Verkehrspolitik umsetzen? Und möchten Sie die Bürger an den Entscheidungen beteiligen?



Guido Wolf
CDU

Aus Sicht der CDU muss eine gute Verkehrspolitik eine optimale Mobilität für Menschen und Wirtschaft ermöglichen. Der motorisierte Individualverkehr, der öffentliche Verkehr mit Bussen und Bahnen, der Luftverkehr sowie der Wirtschaftsverkehr auf Straße, Schiene und Wasserstraße sind das Rückgrat der Mobilität im Flächenland Baden-Württemberg. Die einzelnen Verkehrsträger müssen optimal verknüpft werden, damit jeder seine Stärken voll ausspielen kann. Dazu gehört eine langfristige und verlässliche Infrastruktur- Strategie mit einem ausreichenden Planungsvorlauf, um Aus- und Neubau aber auch Erhaltungsmaßnahmen passgenau umsetzen zu können. [...]



Winfried
Kretschmann
DIE GRÜNEN

Wir sind auf dem Weg in ein neues Mobilitätszeitalter und werden das Land zu einer Pionierregion nachhaltiger Mobilität machen. Mit der Mobilitätsgarantie wollen wir alle Orte im Land täglich von 5 bis 24 Uhr mindestens im Stundentakt mit Bus und Bahn anbinden. Mit dem Zielkonzept 2025 für den Schienenverkehr und mit Regiobussen wollen wir die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV bis 2030 verdoppeln. Mit der Radstrategie und dem Ausbau des Radnetzes wollen wir den Anteil des Radverkehrs auf 20 % erhöhen. Im Straßenbau wollen wir die Sanierung des Straßennetzes fortsetzen. Ausbaumaßnahmen sollen sich auf stark belastete Hauptverkehrsachsen beschränken. Bürgerbeteiligung im Rahmen von Planfeststellungsverfahren und der Erarbeitung von Nahverkehrsplänen ist für uns eine Selbstverständlichkeit.



Nils Schmid
SPD

Ein gut ausgebauter ÖPNV und SPNV verringert gerade in Ballungszentren die Belastung durch Staus, Lärm, Feinstaub und Stickoxid. Wir haben die Förderung im LGVFG neu justiert, entbürokratisiert und verstärkt auf den Umweltverbund ausgerichtet. Wir geben freiwillig jährlich über 80 Millionen Euro Landesgeld in die Förderung des SPNV, um das Zugangebot aufrecht erhalten zu können. Wir haben die Förderung von neuen ergänzenden Angeboten, wie z. B. von Bürgerbussen, institutionalisiert. Insbesondere die Vernetzung verschiedener Verkehrsträger wollen wir fördern. Mit der Landesinitiative E-Mobilität II mit einem Fördervolumen von 50 Millionen Euro wurden wichtige Projekte angestoßen.



Hans-Ulrich
Rülke
FDP

Wir treten für die Attraktivität aller Verkehrsträger ein. Beim ÖPNV wird es wichtig sein, wie der Anschluss an das GVFG gelingen kann. Der Erhalt der Infrastruktur sowie der Fahrzeugersatz wird eine bedeutende Aufgabe sein. Wir sehen zudem in den Wasserstraßen ein großes Wachstumspotenzial. Wir treten mit Nachdruck für die Verlängerung der Neckarschleusen ein. Im Straßenverkehr wollen wir die Förderung der Elektromobilität einschl. der Brennstoffzellentechnologie fortführen und die Grundlagenforschung sowie die anwendungsorientierte, wirtschaftsnahe Forschung weiter unterstützen. Wir setzen zudem auf Telematik und die Kommunikation Infrastruktur-Fahrzeuge sowie Fahrzeuge untereinander, um den Verkehrsfluss zu verbessern sowie die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Potenziale des Radverkehrs wollen wir stärken. Die Beteiligung der Bürger an den entsprechenden Entscheidungsprozessen ist uns wichtig.

Impressum Greenpeace Stuttgart, Augustenstraße 57, 70178 Stuttgart
Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin,
Tel. 030/30 88 99-0, Fax -30, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de
V.i.S.d.P. Inga Ritter **Illustration Titel** Ingo Juergens **Fotos Innenteil**
Pressefotos der Parteien **Redaktion** Guido Aufsfeld, Matthias Rammig,
Stefan Klinkert, Tahir Karaca, Sophie Rued

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier